Sechs Wochen Genf

Die Ergebnisse der ersten Phase der Genfer Außenministerkonferenz

Von Dr. HEINRICH TOEPLATZ, Staatssekretär im Ministerium der Justiz,
Mitglied der Regierungsdelegation der DDR zur Außenministerkonferenz in Genf

Die folgenden Ausführungen entnehmen wir einem Vortrag, den Staatssekretär Dr. Toeplitz am 2. Juli 1959 im Abgeordneten-Kabinett der Volkskammer der DDR gehalten hat.

Die Redaktion

Man kann schon am Beginn einer Einschätzung die Feststellung treffen, daß bereits die Einberufung und das Zusammentreten der Genfer Konferenz ein Erfolg der Friedenskräfte gewesen ist; denn dadurch, daß die Außenminister der vier Mächte und die beiden deutschen Staaten nach Genf eingeladen wurden, wurde die Notwendigkeit von Verhandlungen anerkannt und damit letztlich auch das Eingeständnis seitens des Westens ausgesprochen, daß die von dort praktizierten Methoden des kalten Krieges keinen Erfolg hatten und auch für die Zukunft keinen Erfolg versprechen.

Die gleichberechtigte Teilnahme der beiden deutschen Delegationen

Beide deutsche Staaten haben mit den gleichen Rechten von Anfang an an der Konferenz der Außenminister und auch an allen offiziellen Sitzungen teilgenommen. Sie werden aus der Presse wissen, daß es auch private Besprechungen der vier Großmächte in den entsprechenden Wohnsitzen der Außenminister gegeben hat. Das waren keine offiziellen Sitzungen der Konferenz. Die offiziellen Erklärungen, die veröffentlicht wurden, wurden nur in den Plenarsitzungen, an denen die Vertreter der beiden deutschen Staaten teilnahmen, vorgetragen, und dort wurden auch die entsprechenden Dokumente vorgelegt.

Die Teilnahme der deutschen Delegationen erfolgte mit beratender Stimme; darauf hatten die Westmächte bestanden. Ob man das „beratende Stimme“ nennt oder anders, ist völlig nebensächlich, weil dort ja nicht abgestimmt wird und die Teilnahme eben darin besteht, daß wir anwesend waren und an allen Tagen zu allen Punkten der Besprechungen, zu denen wir Erklärungen abzugeben wünschten, Erklärungen abgegeben und das Wort bekommen haben. Wie man das theoretisch einordnet, haben wir den westlichen Spezialisten überlassen — allerdings mit einer Einschränkung: Man versuchte, insbesondere auch von seiten der westdeutschen Delegation, die Behauptung aufzustellen, daß die beiden deutschen Delegationen nicht Berater der Konferenz der Außenminister seien, sondern Berater jeweils einer Seite, also die Bundesrepublikaner Berater der drei Westmächte und wir Berater der Sowjetunion. Diese These ist von vornherein zusammengebrochen. Es ist völlig klargestellt und auch von keiner ernsthaften Seite — mit Ausnahme einiger unseriöser Journalisten — bestritten worden, daß der Status der beiden deutschen Delegationen der der beratenden Teilnahme an der Konferenz — beratend im Sinne einer Beratung der gesamten Konferenz — ist.

Wenn man z. B. bedenkt, daß der französische Außenminister Couve de Murville in einer seiner Reden gesagt hat, er könne seine Beispiele nur aus der Bundesrepublik nehmen, weil er die Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik nicht kenne, wird sofort deutlich, wie dringend die Beratung durch uns gerade auch gegenüber den Westmächten gewesen ist.

Die westdeutsche Seite versuchte nun, diese völlig eindeutigen völkerrechtlichen Tatsachen dadurch in Zweifel zu ziehen, daß sich der Außenminister der Bundesrepublik, Herr von Brentano, nicht entschloß, den Konferenzsaal zu betreten, obwohl er in den offiziellen Listen der Delegationen als Leiter der westdeutschen Delegation an erster Stelle aufgeführt ist. Man kann dazu nur sagen, daß es selbstverständlich die völkerrechtliche Situation in keiner Weise beeinträchtigt, wenn Herr von Brentano den Wunsch hatte, daß aus der Konferenz der sechs Außenminister eine Konferenz der fünf Außenminister wurde. Das hat in der weiteren Entwicklung auch praktisch keinerlei Bedeutung bekommen. Man hat sich eben daran gewöhnt, daß der Außenminister der Bundesrepublik nicht das Bedürfnis hat, zu den Lebensfragen des deutschen Volkes Stellung zu nehmen und dort im Auftrage seiner Regierung aufzutreten, daß er diese Aufgabe einem mittleren Beamten des auswärtigen Dienstes, dem Botschafter Grewe, überlassen hat.

Das praktische Ergebnis dieses unseres Status auf der Konferenz ist, daß der Ausschließkeitsanspruch Bonns, also der Anspruch, ganz Deutschland zu vertreten, international für alle Zeiten erledigt ist. Diese Grundthese der Adenauerschen Politik ist beendet worden, und man kann sagen, feierlich beendet worden: nämlich mit einer einleitenden Ansprache des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, mit der die Eröffnungssitzung begann.

Aber die politischen Schlußfolgerungen gehen noch weiter. Unser Standpunkt, man könne deutsche Probleme nicht ohne die Vertreter der deutschen Staaten lösen, stimmte zwar immer mit den völkerrechtlichen Grundsätzen überein. Bekanntlich ist Versailles der einzige Fall, wo man nach einem Krieg dem Besiegten einen fertigen sogenannten Friedensvertrag vorlegte und von vornherein erklärte, irgendwelche Diskussionen oder Beratungen darüber seien nicht möglich; es gebe nur die Möglichkeiten, zu unterschreiben oder abzulehnen. Wie gesagt, mit den völkerrechtlichen Prinzipien stimmte unser Standpunkt immer überein; aber jetzt ist dieser Grundsatz praktisch für die Lage nach dem zweiten Weltkrieg festgelegt und in Genf praktiziert worden. Es steht nun für alle weiteren Konferenzen und Verhandlungen fest, daß Beratungen über deutsche Probleme nur unter Mitwirkung und Mitberatung der Deutschen durchgeführt werden können.

Wenn man diesen ersten Komplex, welche Bedeutung die Einberufung der Konferenz, das Zusammentreten der Außenminister und unsere Teilnahme haben, abschließend einschätzt, so kann man sagen, daß mit der Genfer Konferenz die Deutsche Demokratische Republik vor der ganzen Weltöffentlichkeit den ihr gebührenden Platz im internationalen Leben eingenommen hat.

Das Wiedererstehen des deutschen Militarismus in der Bundesrepublik — Ursache der Spannungen in Europa

Ich möchte zu einem weiteren Fragenkomplex übergehen, der nun schon unmittelbar den Inhalt der Genfer Beratungen betrifft. In diesen Beratungen hat eine Grundfrage eine wesentliche Rolle gespielt. Ihre